

Die Leiden der internationalen Solidarität¹

Vijay Prashad

Auf dem Weltsozialforum (WSF) 2006 betrat Hugo Chavez die Bühne des Hauptplenums und verkündete eine modifizierte Version der Wahl, vor der Rosa Luxemburg die Menschheit sah: Sozialismus oder Tod. Der Kapitalismus habe das ökologische Gleichgewicht der Welt zerstört, argumentierte er, und die Zeit werde knapp. Denn wenn die Welt nicht jetzt von uns verändert werde, gebe es für die Menschheit vielleicht kein 22. Jahrhundert mehr. Diese Schlussfolgerung wurde von der Mehrheit auf dem WSF und von denen, die nur die negativen Seiten des Kapitalismus kennengelernt haben, akzeptiert. Die Schwierigkeit bestand nicht in dieser Einschätzung, sondern im Ausweg: Wie kommen wir zum Sozialismus? Chavez war auch auf dem WSF 2005 gewesen und berichtete nun, dass viele Gespräche stattgefunden hätten, die aber ohne Ergebnis geblieben seien. Eine neue sozialistische Bewegung sei dringend nötig, und es sollte mit dem Aufbau einer neuen weltweiten antiimperialistischen Bewegung begonnen werden.

Eine solche organisierte soziale Kraft ging aus der Dynamik des WSF nicht hervor. Stattdessen verlagerte sich das WSF auf die Ebene von Regionen und Kontinenten, wie wir am Asiatischen, dem Senegal-, dem USA- und dem Durban-Sozialforum sehen konnten. Sogar die zentralen Versammlungen des WSF wurden regionalisiert: Zu der Veranstaltung in Mumbai kamen hauptsächlich Teilnehmer aus Indien, zum Forum in Nairobi aus Ostafrika, nach Belém aus Lateinamerika. Die Hinwendung zum Regionalen und Nationalen blieb sehr ausgeprägt. Die regionalen WSF nutzten Organisationen und Aktivisten, um sich vor Ort zusammenzuschließen und ihre Bewegungen auszubauen und zu stärken. Das „Sozialforum“ wurde zu einer „Partei“, zu einem Raum, in dem Organi-

1 Redaktionell bearbeiteter und geringfügig gekürzter Eröffnungsvortrag auf der 47. Konferenz der ITH (zur Tagung siehe den Bericht von Jürgen Hofmann in diesem Heft). Der Vortrag basiert auf dem vierten Kapitel seines im Verso-Verlag London im Herbst 2012 erscheinenden Buches „The Poorer Nations: A Possible History of the Global South“. Die ersten beiden Kapitel verfolgen die Krise im Globalen Süden auf der Grundlage einer Diskussion der Brandt-Kommission (Kap. 1) und der Süd-Kommission (Kap. 2). Das dritte Kapitel behandelt das Auftauchen der BRICS-Formation, das vierte arbeitet die politische Grammatik der Arbeiterklasse, der Bauern und der Slumgebiete im Globalen Süden heraus.

sationen ihre örtlich begrenzten Kämpfe koordinieren konnten, um ihre Kampagnen mit andern zu verbinden und sie so auf eine breitere politische Ebene zu heben. Warum aber erwiesen sich die regionalen Foren erfolgreicher als das WSF, und warum funktionierte die Gründung einer neuen Internationalen nicht? Heather Gautney kam in ihrer nützlichen Untersuchung zu dem Schluss, dass es dem WSF nicht gelungen sei, sich dem umstrittenen Problem des politischen Subjekts zuzuwenden.² Aber kann auf die Frage, wer das Subjekt dieser neuen dynamischen Kraft sein und wie dieses aussehen sollte, heute eine Antwort gegeben werden? Ist es womöglich utopisch, den Versuch zu unternehmen, eine politische Plattform für den gesamten Planeten zu schaffen, die konträr zu all den Rissen verläuft, die heute den zerbrechlichen Traum vom Internationalismus zersplittern lassen?

In unserer Zeit scheint das Kapital vollständig integriert zu sein. Die meiste Zeit operiert es scheinbar in harmonischer Übereinstimmung zwischen seinen unterschiedlichen Fraktionen.³ Doch Spannungen zwischen den Kapitalisten existieren natürlich, und diese werden gelegentlich durch das Agieren nationaler Regierungen sichtbar gemacht. Panikmache um Kapital aus China oder den Golfstaaten, das Anlagen in den USA aufkauft, gibt es ebenso wie die Aufschreie von Boeing oder Airbus, wenn einer von beiden einen umfangreichen Auftrag irgendwo in der Welt an Land zieht. Diese Streitigkeiten bleiben, und vor Ort schlagen sie mitunter in aktive Kriegführung um (wie in der Region der Großen Seen in Afrika, wo derzeit stattfindet, was manche den Vierten Weltkrieg nennen).⁴ Die größten Konzerne verfügen über einen transnationalen Aktionsradius, und es ist äußerst schwierig auszumachen, wessen Finanzkapital in welchen Anlagen oder Banken investiert ist. Daher auch können die sozialen Dimensionen der innerkapitalistischen Konflikte nur schwer beschrieben werden: Es ist nicht einfach so, dass englische Firmen sich im Wettbewerb mit chinesischen befinden, denn genau diese englischen Unternehmen lassen ihre Produkte vielleicht in China herstellen, und die chinesischen Firmen sind vielleicht hochgradig in die Fi-

2 Siehe Heather Gautney: *Protest and Organization in the alternative globalization era*, New York 2010, S.180.

3 Die stärkste Position, die Karl Kautskys Ultra-Imperialismusthese ähnelt, vertritt William I. Robinson: *Global Capitalism Theory and the Emergence of Transnational Elites*, UNU Wider Working Paper 2010, Nr. 2 (Januar). Auch Lionel Jospin teilt diese Perspektive: *Le monde comme je le vois*, Paris 2005.

4 Siehe Gérard Prunier: *Africa's World War: Congo, the Rwandan Genocide, and the Making of a Continental Catastrophe*, London 2009.

nanzmärkte der City of London integriert. Die relative Integration des Kapitals macht das Weltwirtschaftsforum (WEF) zu einer Veranstaltung mit einer realen Basis, obschon die Mehrheit seiner Teilnehmer aus der Atlantischen Welt stammt.

Sogar aufseiten des Kapitals gibt es Stimmen, die hinsichtlich des Ausmaßes der Globalisierung Unsicherheit zeigen. Pankaj Ghemawat weist in die „Welt 3.0“ darauf hin, dass die intellektuellen Vorreiter der Globalisierung (Thomas Friedmans „The World is Flat“ ist ein gutes Beispiel) ein „Trugbild“ präsentieren, das „auf gefährliche Weise die grenzüberschreitenden Investitionen überzeichnet“.⁵ Die tatsächlichen Zahlen zeigen, dass bei 80 Prozent der Aktienkäufe die Nationalität zwischen Investoren und Unternehmen übereinstimmt und dass die Exporte nur ein Viertel der Weltwirtschaft ausmachen. Nur ein Fünftel der Internetaktivitäten hat grenzüberschreitenden Charakter, und nur zwei Prozent der Studierenden absolvieren Gastsemester im Ausland. Was wir wirklich haben, argumentiert Ghemawat, ist eine Art „Semi-Globalisierung“, in der der Nationalstaat oder regionale Einheiten eine grundlegende Bedeutung als Zonen der wirtschaftlichen und politischen Aktivität beibehalten. Die tatsächliche Einigkeit entspricht nicht den Behauptungen des WEF, und diese spiegeln nur das Selbstverständnis der transnationalen Konzerne (deren Direktoren überwiegend aus den Heimatländern dieser Unternehmen stammen) wider.

Aber in der Welt der Lohnarbeit sind nicht einmal solche Behauptungen von Einheit möglich. In ihren Reflexionen zu 30 Jahren Forschung über Frauen in den Maquiladoras⁶ und über die halbherzigen Ansätze zu internationaler Solidarität schreibt Patricia Fernandez-Kelly, wie äußerst beunruhigend es sei, dass es „auf beiden Seiten des geopolitischen Spektrums“, in Mexiko wie in den USA, keine „tragfähige Arbeiterbewegung gibt, die zum Ziel hat, die zerstörerischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Internationalisierung einzudämmen“.⁷ Es kann nicht simpel beklagt werden, dass eine solche Bewegung fehlt, weil es an Anstrengungen gemangelt hätte. Sie ist trotz enormer Anstrengungen nicht entstanden. Dafür ist eine Erklärung nötig.

5 Pankaj Ghemawat: *World 3.0: Global Prosperity and how to achieve it*, Cambridge/Mass. 2011, S.16.

6 Als Maquiladoras werden Montagebetriebe im Norden Mexikos und in Mittelamerika bezeichnet, die importierte Einzelteile oder Halbfertigware für den Export zusammensetzen, siehe: Wikipedia (– Die Red.).

7 Patricia Fernandez-Kelly: *The Global Assembly Line in the New Millenium: A Review Essay*, in: *Signs*, vol. 32, Nr. 2, 2007, S.509-521, hier S.510.

Natürlich gibt es kulturelle Barrieren, denn die Menschen teilen nicht denselben bürgerlichen, kosmopolitischen Hintergrund (Englisch, akademische Bildung) und haben keinen breiten kulturellen Bezugsrahmen zur Kommunikation. Der Austausch von Informationen wird durch sprachliche Barrieren ebenso erschwert wie durch die Schwierigkeit, etwa Koka-Bauern in Bolivien die Sichtweisen von Oriya-Bauern,⁸ die sich gegen eine Stahlfabrik zur Wehr setzen, nahezubringen. Zugang zum Internet ist meist nicht vorhanden, das theoretische Verständnis von Notlage und Widerstand ist unterschiedlich, und Menschen, die bis zum Hals in politischen Auseinandersetzungen und im Kampf ums Überleben stecken, finden keine Zeit, diese Unterschiede zu überbrücken. Repräsentanten dieser Kämpfe profitieren von Reisen in andere Länder, weil diese den Horizont aller Beteiligten erweitern, aber solche Ausflüge sind nicht immer möglich und führen selten zu lang andauernden Verbindungen.

Einigkeit im Globalen Süden herzustellen ist nicht hauptsächlich ein subjektives Problem. Das Problem liegt auch nicht darin, dass nicht genug versucht würde, Menschen zusammenzubringen, sie also in diesem oder jenem Forum effektiv genug zu versammeln, oder dass man ihren Schilderungen genauer zuhören müsste.⁹ Die Spaltungen sind gegenwärtig zutiefst objektiv, und mit dieser Barriere müssen wir uns eingehender beschäftigen. Der Theoretiker, der diese Barrieren am klarsten analysiert hat, ist der indische Marxist Prabhat Patnaik, dessen Ideen ich nachfolgend entwickle und verkürzt wiedergebe.¹⁰

Die transnationale Kapitalmacht arbeitet gegen alle Staaten in ähnlicher Weise. In jedem einzelnen Fall verhält sich das Kapital neoliberal: Es setzt sich für eine minimale staatliche Regulierung des Kapitals und seiner

8 Oriya ist eine Sprache, die in Indien von mehr als 33 Millionen Menschen als Muttersprache gesprochen wird, die vor allem im Bundesstaat Orissa leben, siehe: Wikipedia (– Die Red.).

9 Åke Wendins Untersuchung gewerkschaftlicher Solidarität verweist auf das zusätzliche Problem, das in der tendenziellen Arroganz der Gewerkschaften im Norden gegenüber jenen im Süden besteht. Die Bewegung für Solidarität der Gewerkschaften muss darauf hinarbeiten, merkt er an, „gemeinsame Interessen“ aufzubauen, und „eines dieser Interessen, das ihnen über ihre nationalen Grenzen hinaus gemein ist, besteht darin, die schwachen Teile in der gemeinsamen weltweiten Front zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu stärken“. Åke Wendin: *La „Solidaridad“ Sindical Internacional y Sus Víctimas* [Die „Solidarität“ der internationalen Gewerkschaften und ihre Opfer], Stockholm 1991, S.162.

10 Ich beziehe mich stark auf Prabhat Patnaik: *A Marxist Perspective on the World Economy*, in: Ders.: *Re-Envisioning Socialism*, Delhi 2011, und eine längere Fassung dieses Papiers: *Notes on Contemporary Imperialism*: <http://mrzine.monthlyreview.org/2010/patnaik201210.html> (zuerst veröffentlicht in: *International Development Economics Associates* vom 14. Dezember 2010).

Unternehmen ein und betrachtet eine nachfrageorientierte Politik (zum Beispiel Konjunkturprogramme) skeptisch, wenn sie dem Kapital nicht unmittelbar zugute kommt.¹¹ Die Staaten der ganzen Welt, ob in der fortgeschrittenen, industrialisierten Welt oder außerhalb derselben, werden unter der Drohung, aus der „internationalen Gemeinschaft“ ausgeschlossen zu werden, dazu gezwungen, im Sinne des Kapitals und gegen die Interessen der breiten Bevölkerungsmehrheit zu handeln. Manche Staaten sind vor den Launen des Kapitals geschützt: Die Vereinigten Staaten zum Beispiel können die Rolle des Dollars als Weltwährung nutzen und sich Defizite erlauben, aber sogar in ihrem Fall bleibt das Verschuldungsproblem nicht ohne Folgen.¹² Was Mexiko befiehlt, trifft jetzt Griechenland.

Wenn wir unter die Ebene schauen, auf der das transnationale Kapital auf den Staatsapparat einwirkt, und uns seine Wirkung auf die Klassen ansehen, tritt ein anderes Bild zutage. Angesichts überschüssiger Kapazitäten, von Arbeitslosigkeit und des Anwachsens einer entbehrlichen Klasse in den fortgeschrittenen Industriestaaten ist eine Allianz aus „White-collar“-Beschäftigten, potenziellen, noch studierenden „White-collar“-Beschäftigten und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes zur zentralen Kraft im Abwehrkampf geworden – sie haben das Hauptgewicht von Wisconsin bis Griechenland gebildet. Diese Proteste, die typischerweise in den Städten ihr Zentrum haben, richten sich gegen die Politik der Haushaltskonsolidierung und gegen die sozialen Folgen der Austeritätspolitik.¹³

Es gibt eine deutliche Tendenz innerhalb dieser Kämpfe, zwischen Forderungen nach sozialer Demokratie und sozialem Faschismus zu schwanken. Sie reichen von Protesten wie in Wisconsin und den Massendemonstrationen in Südeuropa, mit denen eine Erhöhung des Soziallohns durchgesetzt werden soll, bis zu Forderungen, die Sozialeinkommen drastisch zu beschneiden, wie bei der Tea Party in den USA und beim wachsenden Euro-Faschismus. In den USA zielt die Tea-Party-Bewegung auf die Wiederherstellung eines rassistischen Gesellschaftsvertrages, der der weißen Arbeiterklasse und der „White-collar“-Mittelschicht als Ergebnis der sozialen Entwicklungen durch die Globalisierung verloren gegangen ist. Im Gegenzug für ihre Unterstützung der imperialen Abenteuer der USA ist diese Schicht bereit, sich mit einem gerade zum Leben ausrei-

11 Siehe David Harvey: *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford 2009, S.70f.

12 Siehe Peter Gowan: *The Global Gamble. Washington's Faustian bid for world dominance*, London 1999.

13 Siehe Antonis Vradis/Dimitris Dalakoglou (Hrsg.): *Revolt and Crisis in Greece: Between a Present Yet to Pass and a Future Still to Come*, Oakland 2011, und Clare Solomon/Tania Palmieri (Hrsg.): *Springtime: The New Student Rebellions*, London 2011.

chenden Einkommen zu begnügen, auch wenn die Bluthunde des Geldes den Löwenanteil des gesellschaftlichen Reichtums für sich beanspruchen. Ein solcher Traum ist anachronistisch. Die Tea Party steht für den Patriotismus einfacher Gemüter, aber sie hat auch Recht: Ihre Jobs sind tatsächlich in Länder wie China oder Indien verlagert worden, nur dass dies nicht die Schuld der chinesischen oder indischen Arbeiter ist.¹⁴ Der artgleiche Euro-Faschismus kann nicht über den Verlust seiner aristokratischen Position in der Arbeitswelt hinausblicken, aber er bemerkt ihn. Er zeigt mehr Solidarität mit den Unternehmen, die er als seine nationalen ansieht, als mit den Arbeitenden im Ausland, die von eben diesen Firmen ausgebeutet werden. Die Massenbasis für internationale Solidarität liegt nicht in diesen Gruppen.

In Lateinamerika ist die Wirtschaft größtenteils städtisch und größtenteils industriell oder halb-industriell. Die lange Periode der Diktaturen in den 1980er-Jahren und der neoliberalen Sozialdemokratie in den 1990er-Jahren hat die ideologischen Grundlagen der „White-collar“-Mittelschicht geschärft und Teile von ihr zumindest insofern im Lager des Antiimperialismus verankert, als sie ihre Unterstützung des Status quo aufgaben. Die Verschiebung politischer Unterstützung hin zu Parteien, die für die Arbeiterklasse und für die Ureinwohner eintreten, ermöglichte in Venezuela und Bolivien, aber auch in Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay und Peru die „rosa Flut“, die in den 2000er-Jahren über Lateinamerika rollte.¹⁵ Die Kampagnen gegen den Neoliberalismus, die die „rosa Flut“ hervorbrachten, isolierten die Oligarchien, die daraufhin (wie bei Venezuela 2002) Unterschlupf in den USA und einen Ausweg in Putschen oder anderen derartigen politischen Machenschaften suchten.

Eine der treibenden Kräfte in Lateinamerika sind die Bewegungen der Ureinwohner, deren eigene Anliegen sich festmachen an Fragen der sozialen Würde und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch das, was Patnaik „Akkumulation durch Eingriff“ nennt: Ansprüche auf Land und dessen Bodenschätze (in der Hauptsache Öl und Gas) seitens der transnationalen Konzerne und der zur Genüge bestochenen Regimes der 1990er-Jahre. Die Ureinwohner Lateinamerikas sehen sich mit der gleichen Art von Angriffen konfrontiert wie die Stammesgemeinschaften in

14 Siehe Paul Craig Roberts: *How the Economy was Lost. The War of the Worlds*, Oakland 2010, S.11-14.

15 Siehe z. B. die beiden Essays André Gaudin: *The Kirchner Factor*, in: Teo Ballvé/Vijay Prashad (Hrsg.): *Dispatches from Latin America: on the frontlines against neoliberalism*, Cambridge/Mass. 2006, S.77-85, und Raúl Zibechi: *The Uruguayan Left and the Construction of Hegemony*, in: ebenda, S.130-139.

Indien, und diese Angriffe wiederum unterscheiden sich wenig von der Offensive gegen besitzlose Landarbeiter, Kleinbauern, Kleinbetriebe in ländlichen und städtischen Regionen sowie gegen die Arbeiterklasse in großen Teilen Afrikas und Asiens. Nach Angaben der UNO gibt es heute 3,3 Milliarden Stadtbewohner, von denen drei Milliarden in den „weniger entwickelten Regionen“ leben (0,8 Milliarden in Indien, 0,8 Milliarden in China und 0,1 Milliarden in Indonesien, gefolgt von Pakistan, Bangladesch, Nigeria, Äthiopien und Vietnam). 71 Prozent aller Stadtbewohner leben in Asien.¹⁶ Widerstand gegen die neoliberale Politik in Asien und Afrika wird von diesen sozialen Klassen kommen und nicht von den „White-collar“-Beschäftigten. Diese sahen bislang in der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus den Industriestaaten eine Verbesserung ihrer Chancen und mussten noch nicht in den sauren Apfel neoliberalen Zusammenbruchs beißen wie ihre Klassenkollegen in Lateinamerika. In weiten Teilen Afrikas und Asiens sind es derzeit die Kleinbauern, die in einer Allianz mit den Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Industriearbeiterschaft den am besten organisierten Widerstand gegen die derzeitige Verteilung aufbieten. Es gibt keine genau bestimmbaren Verbündeten der Kleinbauern Afrikas und Asiens in den Industriestaaten, wo die Verbindung vor allem über emotionale Solidarität hergestellt wird und nicht über eine durch Erfahrung geschmiedete Kette.

Wenn wir uns diese Kurzaufnahmen der unterschiedlichen Klassen, die in den Kämpfen der vergangenen Dekade führten, vor Augen halten, wird die Weisheit von Patnaiks Einschätzung deutlich, dass „ein koordinierter globaler Widerstand am Horizont nicht auszumachen ist“.¹⁷ Stattdessen betont Patnaik die zentrale Bedeutung, Widerstand innerhalb des Nationalstaates aufzubauen. Das gilt, um seine Analyse zu erweitern, auch für die Regionen. Er behandelt hauptsächlich Indien, aber seine Analyse lässt sich ebenso auf die bolivianischen Experimente in Lateinamerika anwenden.¹⁸ Patnaik sieht zwei Gründe, warum die nationale und regionale Einheit das zentrale Forum für Widerstand und Transformation ist.

Der erste hat mit der Kleinbauernfrage zu tun, die von der Auseinandersetzung um Land und Rechte geprägt ist – beides betrifft die nationale Gesetzgebung. Das internationale Agrobusiness und die Lebensmittelin-

16 Siehe Department of Economic and Social Affairs, Population Division, World Urbanization Prospects. The 2005 Revision, UNO, New York 2006, S.3, 18.

17 Patnaik, Notes on Contemporary Imperialism.

18 Die empirischen Belege für Patnaiks These sind zusammengestellt in: Sam Moyo/Paris Yeros (Hrsg.): Reclaiming the Nation: The Return of the National Question in Africa, Asia and Latin America, London 2011.

dustrie stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, wenn beim Ackerland um Gerechtigkeit gekämpft wird. Die Kämpfe gegen die gewaltigen Unternehmenszusammenschlüsse zu koordinieren ist wichtig, aber auch schwierig. Um das grundlegende Problem – die Machtlosigkeit der Kleinbauern in unseren Gesellschaften und ihre Abhängigkeit von der Subsistenzwirtschaft – anzugehen, müssen die Kleinbauern sich zusammenschließen, um die Staaten zu transformieren, die die Gesetze zur Landnutzung und die Landwirtschaftspolitik festsetzen.¹⁹

Die Probleme des ländlichen Raumes sind kaum zu überschätzen. Aus diesem Grund fördern die Weltbank und internationale Stiftungen Mikroreformen über Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) und verschiedene quasi-staatliche Organisationen. Diese Mikroreformen zielen auf Teile des Problems wie den fehlenden Zugang zu Bewässerungssystemen oder zu Mikrokrediten für kleine Produzenten. In ganz Afrika und Asien haben diese Entwicklungen dazu geführt, dass potenziell militante Kleinbauern Anstellungen beim Staat oder bei NGO angenommen haben, die daran arbeiten, Hilfe in einer ansonsten ausgetrockneten politischen Landschaft anzubieten.²⁰ Wo Regierungen die Landwirtschaft systematischer unterstützen, richtet sich dies meist an die auf dem Land tonangebenden Klassen. Diese „Farmer“ haben einen agrarischen Populismus gefördert, der es ihnen erlaubt, sich selbst den Löwenanteil der staatlichen Ressourcen zu sichern und ihren großen Landbesitz gegen die Landlosen zu verteidigen. Im Gegenzug versprochen diese „Farmer“ den Politikern politische und Wahlkampfunterstützung, solange der Staat die Frage der Landreform ruhen ließe.²¹ Seit 30 Jahren tritt dieser agrarische Populismus unter der Maske der „Landreform“ auf. Der Kampf um Verfassungsänderungen, um das Land tatsächlich unter der Bevölkerung aufzuteilen, ist weitgehend zum Stillstand gekommen, weil die herrschenden Klassen des Globalen Südens daran kein Interesse haben. Stattdessen sehen wir sporadische Landbesetzungen. Sie sind wie in Brasilien von der *Movimento dos Trabalhadores Sem Terra* (Bewegung der Landarbeiter ohne Boden; MST) bzw. in Zimbabwe von Kriegsveteranen organisiert oder laufen wie in suburbanen Regionen und innerstädtischen Slums unorganisiert ab.²²

19 Siehe Prabhat Patnaik: *Socialism and the Peasantry*, in: *Re-Envisioning Socialism*.

20 Siehe James Petras/Henry Veltmeyer: *Age of Reverse Aid: Neo-Liberalism as Catalyst of Repression*, in: *Development and Change*, vol. 33, 2002, Nr. 2, S.281-293.

21 Siehe Tom Brass: *Peasants, Populism, and Postmodernism: The Return of the Agrarian Myth*, London 2000.

22 Viele Fallstudien finden sich in: Sam Moyo/Paris Yeros (Hrsg.): *Reclaiming the Land: The Resurgence of Rural Movements in Africa, Asia and Latin America*, London 2005.

Nachdem die Uruguay-Runde²³ aufgenommen worden war und die internationalen Handelsregeln gegen die Landwirte und Kleinbauern wirkten, versammelten sich im April 1992 amerikanische Bauernorganisationen zum zweiten Kongress der Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos (Nationale Union der Bauern und Viehzüchter) in Managua (Nikaragua). Sie erwogen, eine Einrichtung zur Koordination der Landarbeiter einzurichten, um „ein Mittel zu finden, um unserer Stimme und unseren Vorschlägen bei jenen Gehör zu verschaffen, die sonst unsere Rechte auf Kultivierung des Landes vereinnahmen, und um die Würde unserer Familie abzusichern“.²⁴ Ein Jahr darauf trafen sich 40 Sprecher von Bauernorganisationen im belgischen Mons, um La Vía Campesina (Der bäuerliche Weg; LVC) zu gründen. Bei der LVC ging es darum, die Ablehnung der neoliberalen Politik durch die Bauern in die internationalen Beratungen zum Beispiel in die GATT-Runde und die verschiedenen Konferenzen der Welternährungsorganisation FAO zum Thema Landwirtschaft einzubringen. Zentrales Thema waren die „Ernährungssouveränität“ und „das Recht, auf unserem eigenen Land Lebensmittel anzubauen“.²⁵ Auf dem Welternährungsgipfel in Rom forderte die LVC die FAO auf, anzuerkennen, dass Nahrung in erster Linie ein Grundbedürfnis ist und erst dann eine Handelsware. Das „Recht auf Export“ der WTO kam unter Beschuss wegen seiner Blindheit gegenüber der Tatsache, dass der Export von Getreide oft zu Unterernährung und Hunger bei den Menschen führte, die das Land bearbeiteten, und auch dazu, dass Händler Getreide zurückhielten, um die Preise nach oben zu treiben. 1999 tat sich die LVC mit dem FoodFirst and Information Action Network (FIAN; Aktionsnetzwerk für Nahrung und Information) zusammen, um die Global Campaign for Agrarian Reform (Globale Kampagne für eine Agrarre-

23 Die Uruguay-Runde von 1986 bis 1994 war die achte im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) durchgeführte Welthandelsrunde. In ihr verlagerten die Industrieländer ihren Fokus erstmals von der Liberalisierung des Warenhandels auf den sogenannten „Handel mit Dienstleistungen“ und den Schutz geistigen Eigentums. Die Entwicklungsländer forderten dagegen einen besseren Marktzugang und eine Senkung der wettbewerbsverzerrenden Agrarsubventionen in den Industrieländern, besonders in den USA und der EU. Als eine Folge der Uruguay-Runde wurde 1994 die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet, siehe: Wikipedia (– Die Red.).

24 Annette-Aurélié Desmarais: The Vía Campesina: Consolidating an International Peasant and Farm Movement, in: Journal of Peasant Studies, vol. 29, 2002, No. 2, S.91-124, hier S.95.

25 Ebenda, S.100.

form) zu gründen. Die neue Kampagne war darauf ausgerichtet, nationale Kämpfe um Landreformen und Landbesetzungen zu unterstützen.²⁶ Die LVC stellt eine Plattform für den Kampf der regionalen und nationalen Kleinbauernorganisationen gegen ihren gemeinsamen Gegner zur Verfügung: gegen neoliberale Politik, zu der das Ausdünnen von Agrarsubventionen für Kleinbauern und Landlose ebenso gehört wie die Unterstützung transnationaler Agrarkonzerne und die Einführung hoch entwickelter und umweltschädlicher Grüner Technologien (einschließlich genetisch modifizierter Samen). Als führende Analytikerin der LVC argumentiert Annette Aurélie Desmarais, dass „die internationale Arbeit von Bauernorganisationen nur möglich ist, wenn und insofern die Organisationen auf der lokalen und nationalen Ebene stark und gut organisiert sind“.²⁷ Die LVC besteht aus Hunderten von Organisationen mit insgesamt 150 Millionen Mitgliedern. Einige dieser Organisationen sind sehr klein, andere wirklich groß. Die indische Bauernbewegung Karnataka Rajya Raitha Sangha zählt allein über zehn Millionen Mitglieder, während die Korea Women’s Farmers Association (Koreanische Bäuerinnen-Assoziation) 8.000 Mitglieder hat. Über die Organisationen in der LVC schreibt Raj Patel: „Es ist ein sehr gemischter Zusammenschluss von Bewegungen. Manche ihrer Mitglieder sind Landlose, andere sind kleine Landbesitzer, die Landlose beschäftigen. Manche sind Kleinproduzenten, andere eher mittelständisch. Was in Kanada als kleiner landwirtschaftlicher Betrieb zählt, gilt in Indien als Großgrundbesitz. Ganz eindeutig sind nicht alle Bauern gleich, und ebenso wenig sind es ihre Organisationen.“²⁸ Aus genau diesem Grunde beschloss die LVC, ihre Kraft aus erst fünf, dann aus zehn regionalen Einheiten zu schöpfen. „Man geht davon aus, dass nationale Organisationen im regionalen Rahmen gut arbeiten“, schreibt Desmarais, „und dass Regionen Ressourcen mobilisieren können, um die Arbeit auf der regionalen Ebene zu stärken“.²⁹ Die stärkste regionale Einheit ist die lateinamerikanische, und daher „spiegeln die Positionen und Aktivitäten der *Vía Campesina* eher die lateinamerikani-

26 Siehe ebenda, S.108; David Featherstone: Spatialities of Transnational Resistance to Globalization: the Maps of Grievance of the Inter-Continental Caravan in: Transactions of the Institute of British Geographers, new series, vol. 28, 2003, Nr. 4, S.404-421; Paul Routledge: Convergence Space: Process Geographics of Grassroots Globalization Networks, in: ebenda, Nr. 3, S.333-349.

27 Desmarais, *The Vía Campesina*, S.109.

28 Raj Patel: *Stuffed and Starved*, power and the hidden battle for the world food system, London 2008, S.16.

29 Annette-Aurélie Desmarais: *The Power of Peasants: Reflections on the Meaning of La Vía Campesina*, in: *Journal of Rural Studies*, vol. 24, 2008, No. 2, S.138-149, hier S.142.

sche Erfahrung und Perspektive wider“.³⁰ Dies ist für Lateinamerika eine gute Entwicklung. Dort sind mit der *Movimento dos Trabalhadores Sem Terra* (MST; Bewegung der Landarbeiter ohne Boden) in Brasilien und dem 1994 in Lima (Peru) gegründeten *Coordinadora Latinoamericana de Organizaciones del Campo* (CLOC; Koordinator der ländlichen Organisationen Lateinamerikas), einem regionalen Forum von Landarbeitern, mächtige Kleinbauernorganisationen entstanden. Der Hauptsitz der LVC befand sich ursprünglich in Belgien, wurde dann aber erst nach Tegucigalpa in Honduras und später nach Jakarta in Indonesien verlegt.

Die Erfahrung der LVC bestätigt Patnaiks allgemeine These, dass die Strategien der Kleinbauern zuallererst im jeweiligen nationalen und regionalen Rahmen verankert sein müssen. Desmarais schreibt: „Die Basis, wie sie sich auf der nationalen und regionalen Ebene artikuliert, ist das Herz und die treibende Kraft der *Vía Campesina*: Lokale Fragen und lokaler Aktivismus befördern die globalen Interventionen der *Vía Campesina*.“³¹ Der zweite Grund, warum Patnaik dem nationalen oder regionalen Rahmen den Vorzug einräumt, ergibt sich daraus, dass die Kämpfe der Menschen sich um die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen drehen. „Die Arbeiter, die um eine solche Verbesserung kämpfen, können unmöglich gebeten werden zu warten, bis ein neuer Weltstaat entstanden ist, der den Interessen der Arbeiter und Kleinbauern freundlich gesonnen ist“, schreibt er.³² Die konkreten Forderungen müssten gegenüber den Institutionen formuliert werden, die wie der Staat den öffentlichen Haushalt verwalten und die Einverleibung des wirtschaftlichen Überschusses regulieren. Natürlich liegt die Kontrolle über die Politik dieser Institutionen nicht vollständig in der Souveränität der Nationalstaaten. Das internationale Finanzwesen, internationale Organisationen (WTO, IWF, Weltbank) und transnationale Konzerne setzen staatlichen Interventionen im Interesse der breiten Massen Grenzen.

Einfach nur die nationalen Regierungen unter Druck zu setzen, damit diese ihre Haushaltspolitik ändern, reicht nicht, da diese Regierungen wissentlich oder unwissentlich unter dem Einfluss stärkerer Kräfte stehen. Gerade um diese stärkeren Kräfte zu bekämpfen, haben sich einige internationale Plattformen, wie das *Comité pour l'annulation de la dette du Tiers Monde* (Komitee für die Annullierung der Schulden der Dritten Welt; CADTM) in Belgien und dann 1994 das Netzwerk *50 Years is*

30 Ebenda, S.143.

31 Desmarais, *Vía Campesina*, S.109.

32 Patnaik, *Notes on Contemporary Imperialism*.

Enough (50 Jahre sind genug), gegründet. Zu ihnen gehören Organisationen, die hauptsächlich aus den Ländern der Atlantischen Welt stammen, aber sie unterhalten auch Verbindungen mit Aktivisten und Organisationen im Süden. Neben dem 50-Jahre-Netzwerk arbeitete die Gruppe Jubilee 2000 (Jubiläum 2000), die von der katholischen Soziallehre inspiriert war, sich aber später der säkularen Bewegung Drop the Debt (Die Schulden senken) anschloss. Diese Organisationen haben viel nützliches Material über die Schattenseiten des Wirkens von Weltbank und IWF und über den strukturellen Charakter der massiven Verschuldung produziert. Angesichts der enormen Macht von IWF und Weltbank sowie ihres massiven Einflusses auf Regierungen und zugleich des Fehlens einer breit getragenen Kampagne zur Unterstützung der Arbeit dieser internationalen Gruppen ist es kein Wunder, dass ihre Forderungen nicht durchgesetzt werden konnten. Moralischer Druck trug nur begrenzt, und in Zeiten akuter Krisen wie während des Erdbebens in Haiti schwächte der rasche Einsatz der westlichen Industriestaaten zur Schuldentilgung und zu öffentlichkeitswirksamer humanitärer Hilfe die Position ihrer Kritiker. Die andere Gruppe internationaler Akteure, die einen nachdrücklichen Einfluss im Bereich der Nahrungssicherheit ausgeübt haben, sind die NGO. Einige von ihnen haben gemeinsam mit Einrichtungen der UNO (WHO, FAO, UNICEF und anderen) Kampagnen gegen die internationalen Finanzinstitutionen geführt. Es gibt Gruppen, die eine doppelte Rolle sowohl als Hilfsorganisationen als auch durch Lobbyarbeit innerhalb des UNO-Systems spielen. Es ist ihrer Anwesenheit und der Enttäuschung der UNO-Mitgliedstaaten aus dem Süden zu verdanken, dass die FAO 2001 die Alliance Against Hunger and Malnutrition (Allianz gegen Hunger und Fehlernährung) ins Leben rief. Aber sogar die Allianz stützte sich auf nationale Initiativen und regionale Partnerschaften, von denen die meisten aus Staaten kamen, die von Massenbewegungen und politischen Parteien innerhalb ihrer Grenzen gezwungen worden waren, Verantwortung für das Hungerproblem zu übernehmen. In Brasilien konnte eine von Vertretern der katholischen Soziallehre getragene Kampagne gegen den Hunger im Zusammenwirken mit der Gründung der Ação da Cidadania contra a Fome, a Miséria e pela Vida (Bürgeraktion gegen Hunger und Elend und für das Leben), und durch den Wahlsieg der Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei) 2002 die Regierung dazu bewegen, mit dem Fome Zero (Null Hunger) ein Paket von Programmen einzurichten, zu dem die Schaffung eines anständigen Soziallohns (Bolsa Familia) gehörte. In Indien war eines der zentralen Elemente des Gemeinsamen Minimalprogramms der Regierung der United Progressive Alliance (Ver-

einte Fortschrittsallianz), die Unterernährung und Arbeitslosigkeit auf dem Land anzugehen. Die Hauptakteure dieser Allianz waren die neoliberal orientierte Kongresspartei und die Kommunisten. Letztere setzten sich zusammen mit einer kräftigen sozialen Bewegung energisch für die Verabschiedung des Nationalen Gesetzes zur Beschäftigungsgarantie auf dem Land von 2005 ein.

Diese Politik auf nationaler Ebene findet jetzt ihren Niederschlag in regionalen Blöcken wie der Hunger-Free Latin America and Caribbean Initiative (Initiative für die Freiheit von Hunger in Lateinamerika und der Karibik), die 2005 von Brasilien und Guatemala ins Leben gerufen wurde, und der Alliance Against Hunger in Western Africa (Allianz gegen Hunger in Westafrika), die von Benin, Burkina-Faso und Mali zusammengehalten wird. Die liberale Grenze sozialer Gerechtigkeit ist auf der internationalen Ebene in der UN-Menschenrechtserklärung von 1948 definiert und wurde in verkürzter Form durch die Millenniumsziele von 2000 bestätigt. Nur dort, wo die Kämpfe der Kleinbauern und der Arbeiterklasse zusammen mit ihren unterschiedlichen Verbündeten in der Mittelschicht auf die Klassenbasis des Nationalstaates oder der Region durchschlugen, war es möglich, solche politischen Initiativen durchzusetzen. Der Druck von organisierten und mächtigen Massenbewegungen half, den Staat weg von seiner Unterdrückungsfunktion und hin zur Sozialstaatlichkeit zu transformieren. Das zentrale Vehikel zur Verteilung der sozialen Güter war der Staat, auch wenn es der transnationale Druck auf die internationalen Finanzinstitutionen und auf die UNO-Einrichtungen war, der erstere zwang, die Menschen aus ihrem Würgegriff zu entlassen, und letztere, technische Hilfe bei der Entwicklung von Mechanismen zu leisten, mit denen der Soziallohn erhöht werden konnte.

Ein drittes Problem, vor dem der Internationalismus in dieser Periode steht, spricht Patnaik nicht an: die unterschiedlichen Existenzniveaus, die die Länder des Nordens von den Ackerländern und den Slums in Afrika und Asien trennen. Die Kosten der gesellschaftlichen Reproduktion sind in Europa und Nordamerika höher, wobei die nordamerikanischen Arbeiter gezwungen sind, erheblich mehr zu verdienen, da die meisten Sozialleistungen nur gegen Gebühren erhältlich sind (die Gesundheitsversorgung ist der kostspieligste Posten). Die Arbeiter im Norden können ihre Arbeit unmöglich zu Preisen anzubieten, die auch nur annähernd mit denen für die Arbeiter in Afrika, Asien und weiten Teilen Lateinamerikas vergleichbar sind. Diese Ungleichheiten schaffen eine enorme Kluft zwischen den Arbeitern weltweit. Es ist dringend nötig, dass im Norden die massiven Überschüsse in Billionenhöhe, die die Wohlhabenden horten,

angepapft und verwandt werden, um einen robusten Soziallohn (Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr) zu schaffen. Ein solcher Soziallohn würde es den Menschen erlauben, geringere Löhne zu verdienen, da sie davon nicht mehr grundlegende Lebensnotwendigkeiten (wie Prämien für die Gesundheits- oder Automobilversicherung) zu finanzieren bräuchten. Diese Schlachten können nur innerhalb des Eurolandes bzw. Nordamerikas ausgefochten werden, indem wirtschaftliche Einschränkungen der Wohlhabenden und ein Soziallohn für die Menschen eingefordert werden. Gleichzeitig werden die Arbeiter in Afrika und Asien darum kämpfen, an den Produktivitätszugewinnen ihrer Arbeit beteiligt zu werden, die transnationale Firmen gegenwärtig für sich allein beanspruchen. Und die Kleinbauern werden ihren Widerstand gegen neoliberale Agrarpraktiken aufbauen und ihr Existenzniveau erhöhen. Im Erfolgsfall werden diese Kämpfe eine Gemeinsamkeit der Interessen schaffen, die die objektive Grundlage für tiefer gehende Auseinandersetzungen um den Planeten bilden kann. Aber das bleibt der Zukunft vorbehalten und hängt vom Ausgang der Konfrontationen in der Gegenwart ab.

Auch wenn globaler Widerstand nicht ansteht, heißt das nicht, dass die Kämpfe sich nach innen richten müssen. Das genaue Gegenteil ist nötig, das heißt, die nationalen und regionalen Kämpfe müssen sich der Bedeutung des Internationalismus bewusst sein und tragfähige institutionelle Plattformen für den Internationalismus schaffen. Es ist einfach so: Wenn wir keine wache Wahrnehmung der gegenwärtigen Grenzen des Internationalismus haben, wird die Unfähigkeit, Internationalismus herzustellen, dessen Bedeutung verblassen lassen. Die Zögerlichkeit und die Schwierigkeiten, vernünftige internationale Institutionen von unten aufzubauen, sind voll und ganz dem Fehlen der gesellschaftlichen Bedingungen für Internationalismus geschuldet. Indem unsere Bewegungen regionale und nationale Macht entfalten, müssen sie einen Internationalismus entwickeln, der nicht utopisch ist, sondern real.

2047 wird das Kommunistische Manifest 200 Jahre alt. Was aus diesem weitsichtigen Dokument aus dem 19. Jahrhundert wird bis dahin eingelöst sein? Als Marx und Engels das Manifest verfassten, spekulierten sie über die Dynamik der Zukunft: Im Wesentlichen sahen sie, dass das kapitalistische System sich von seinen europäischen Ursprüngen befreien würde: „Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte

Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“³³

Im Laufe des ersten Jahrhunderts nach Veröffentlichung dieser Schrift traf die Prognose von Marx und Engels nur teilweise zu. Kapitalistische gesellschaftliche Verhältnisse breiteten sich zwar über den ganzen Globus aus, aber verschiedene ältere Unterdrückungsformen (Kastenwesen, rassistische Apartheid, Leibeigenschaft, Geschlechterungleichheit) blieben so lange erhalten, wie der im Ergebnis dieser Verhältnisse produzierte gesellschaftliche Reichtum in die kapitalistischen Akkumulationszyklen absorbiert werden konnte. Als Marx in den 1840er-Jahren das erste Mal über die Idee eines Proletariats in seinem Heimatland Deutschland schrieb, existierte der industrielle Sektor dort noch kaum. Sein Freund Engels hatte in Großbritannien mehr Erfahrung mit den Folgen der Industrialisierung. Erst aufgrund ihres gemeinsamen Verständnisses der Widerständigkeit der Industriearbeiter und ihrer theoretischen Extrapolierung der Rolle des Proletariats in den wachsenden Fabriken wandten sich Marx und Engels dem Proletariat als Subjekt der Geschichte zu. Ihre Erwartung, dass die Welt bald in nur zwei Klassen gespalten sein würde – die Bourgeoisie, der die Produktionsmittel gehören, und das Proletariat, das nichts als seine Ketten zu verlieren hat – hat sich nicht vollständig erfüllt: Es stimmt, dass ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung einen Großteil des Wohlstands und des Kapitals der Welt in seinen Händen angehäuft hat. Aber es war auch so, dass sich der Rest in jene spaltete, die einen gewissen Grad an Stabilität genossen und die damit für die Illusion sozialer Aufstiegsmöglichkeiten empfänglich wurden, und in die überwiegende Masse, die sich nur auf ihre harte Arbeit und ihren Verstand verlassen konnte, um in diesem schändlichen Gesellschaftssystem zu überleben.

Eine von Marx' großen Prophezeiungen war, dass der bemerkenswerte technische Fortschritt der Menschheit nicht notwendigerweise zugute kommt, besonders wenn ihn die Wohlhabenden kontrollieren und die Wissenschaft und Maschinen zur Verteidigung ihrer eigenen Vorteile und nicht im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts der gesamten Menschheit nutzen würden. So ist es geschehen: Maschinen wurden eingesetzt, um Menschen in die Hoffnungslosigkeit zu entlassen, statt sie von der Arbeit zu befreien. Geistiges Eigentum wurde genutzt, um privaten Wohlstand zu sichern, statt es für wissenschaftliche Lösungen gesellschaftlicher und ökologischer Probleme zu verwenden. Banken verwan-

33 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Dies.: Werke, Bd. 4, S.466.

delten ihr akkumuliertes Kapital in obskure Finanzanlagen. Die Mathematik ist heute die führende wissenschaftliche Disziplin, nicht die Chemie, Physik oder Biologie. Dinge sollen nicht länger hergestellt werden, um damit Profite zu erwirtschaften; es reicht, die Zahlen zu manipulieren. Das Finanzwesen hat seine eigenen Landkarten, seinen eigenen Atlas. Das Geld macht weite Umwege um die menschliche Vorstellungskraft. Überflüssige Menschen werden gebraucht, um Ratenkaufverträge zu unterschreiben. Und dann benötigt man sie, um die Verantwortung für die Krisen des Systems auf sie abwälzen zu können. Ihre Hoffnungen und Träume, ihre Visionen und Bedürfnisse stehen nicht im Zentrum. Nachdem Marx sich die inneren Mechanismen des Systems angesehen hatte, kam er zu dem Schluss, dass dessen Probleme nicht innerhalb seines Rahmens zu lösen sind. Das gleiche kann mehr oder weniger von der neoliberalen Phase des Kapitalismus gesagt werden. Seine Probleme sind weder technischer noch kultureller Natur. Es sind gesellschaftliche Probleme, die nach politischen Lösungen rufen. Die gesellschaftliche Ordnung des Eigentums, des Anstands und der Macht muss radikal geändert werden. Das steht außer Frage. Das Problem ist, wie müssen die Strategie, die Taktik, der Weg voran gestaltet sein. Der Globale Süden ist der Austragungsort dieses großen Kampfes. Mit verschiedenen Taktiken und Strategien wird dort auf den Straßen und im Rahmen des Staates experimentiert. Diese Geschichte ist unvollendet, aber sie muss zu einem guten Ende kommen. Wir müssen unsere Welt umgestalten.

Aus dem Englischen von David Meienreis